



# NEUSS 2030

## STADT IM WANDEL

Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung  
der demographischen Entwicklung



Ein Projekt des Forum Stadtentwicklung





NGZ am 10.3.2006

# Stadtentwicklung mit den Bürgern

**NEUSS** (NGZ) Die Neuss Agenda 21 feiert Zehnjähriges, doch ihr Forum Stadtentwicklung will über das Festern schnell zur Arbeit zurückkehren. Ansatzpunkt ist die in Gang gekommene Diskussion über ein Stadtentwicklungskonzept. Das Thema beschäftigte die chammantlich engagierten Bürger lange bevor der Bürgermeister insallativ wurde, betonte gestern Forum-Spöcher Thomas Wündrich. Er rief das Thema im vergangenen Herbst auf und stellte seitdem vor allem eines fest: „Wie das Verfahren zur Entwicklung eines solchen Konzeptes aussehen soll, ist noch völlig offen.“



Professor Dr. Volker Eichner von der Uni Bochum, war einem halben Jahr Gast im NGZ-Gespräch, um die Agenda-Diskussion zum Stadtentwicklungskonzept anzukurbeln.

Über diesen Verfahrensgang Klarheit zu gewinnen, soll ein Ziel einer Podiumsdiskussion sein, zu der das Forum Stadtentwicklung gemeinsam mit dem Familienforum Edith-Stein am Freitag, 31. März, ab 15 Uhr in den Batsaal einlädt. Vorab steht für Wündrich und seine Mitstreiter schon fest: „Die Bestimmung eines Leitbildes kann man nicht nur dem ersten Bürger oder dem ersten Planer überlassen.“ Eine breite, offene und über die Parteigrenzen hinweg geführte Diskussion mit der Bürgerschaft müsse Teil des Prozesses sein. In der Notwendigkeit einer solchen Diskussion sind sich die Forum-Mitglieder und der Bürgermeister einig. „Wir werden immer grau-

weiß älter, immer dunkler durch den Zuzug von Ausländern, in der Sonne aber immer weniger Stadtbewohner“, beschließt Wündrich einige demographische Entwicklungen. Weil sich auch Arbeitswohl, Gesellschaft, Lebensstile in einem starken Wandel befinden, den Städten andererseits ein Verkehrsanfakt und Glorius in den Vorstädten drohen, drängen sich eine Fülle von Fragen und Problemen auf, die gelöst werden müssen. Am Ausgangspunkt stehen für das Forum die zentralen Fragen: Was bedeutet dieser Wandel für Neuss? Welche Entwicklungspotentiale hat unsere Heimatstadt? Wo ist Neuss zukunftsfähig, wo sind De-

litate? Wie sieht die Situation in den einzelnen Stadtteilen aus? Allein die letzte Frage macht deutlich, dass schon bei der Analyse des Ist-Zustandes mit Anregungen aus der Bürgerschaft eine Breite erreicht werden kann, die der Politik oder der Verwaltung allein nicht möglich ist. Die Stadt, so Wündrich, verschrenkt ein großes Potential, wenn sie auf die Bürger-Außerungen verzichtet, die Politik eine Chance dem Lagerdenken herauszulassen. Das scheint der in der Vergehelt wenig ausgemacht zu sein, wie Heinz Hick moniert, der einziger aus der CDU-Ratsfraktion noch Agenda-Aktiver ist: „Übe-

Grünen können wir uns nicht beklagen, über die CDU muss man meckern, die anderen finden gar nicht statt.“

Angesichts der Themenbreite haben auch die Veranstalter die Gefahr erkannt, dass sich die Diskussion am 31. März verzettelt oder in Allgemeplätze abdriftet. Deshalb soll in Themenblöcken gearbeitet werden, um, so Wündrich, „punktuell in die Tiefe zu kommen“. Denn am Ende will das Forum mit den Bürgern Leitsätze formulieren, die der Politik als Ziele vorgegeben werden. Doch das muss nicht am ersten Abend erledigt sein, bis Ende Juni werden vier weitere Veranstaltungen angeboten.

Zum Auftakt hat das Forum Stadtentwicklung Professor Dr. Volker Eichner vom Institut für Wohnungswesen, Immobilien und Stadtentwicklung der Uni Bochum als Referenten gewonnen. Er soll im Eingangsortrat umreißen, wie sich die Gesellschaft entwickelt und wohin die Reise gehen kann. Danach wird auf und mit dem Podium diskutiert, auf dem Bürgermeister Heibert

## Verkehr: Forum diskutiert

**NEUSS** (NGZ) Das Forum Stadtentwicklung der Neuss-Agenda 21 hat sich einer schweren Aufgabe gestellt. Es will – begleitend zur Arbeit der Stadtverwaltung – ein eigenes Stadtentwicklungskonzept erarbeiten. Und das bei möglichst starker Bürgerbeteiligung. Thema: „Neuss 2030 – eine Stadt im Wandel“. Zeitziel: Fertigstellung Ende 2006. Nachdem in zwei ersten Themenblöcken die statistischen Rahmendaten erarbeitet und die zu erwartende soziale Entwicklung diskutiert wurde, geht es am Mittwoch, 18. Oktober, um den Verkehrsentwicklungsplan und die Frage: „Welche Verkehrsinfrastruktur braucht Neuss 2030?“ Anhörung und Diskussion beginnen um 18 Uhr im Willi-Graf-Haus an der Verloer Straße. Eingeladen sind ( ) r anderem Sprecher des Düsseldorfer Flughafens, der Bezirksregierung, aber auch des ADFC.

Das Forum Stadtentwicklung wurde geleitet von: Roland Kehl (Sprecher), und Heinz Hick (Stellv.), die auch die Schlussredaktion bildeten. Finanziert wurde das Projekt von der Stadt Neuss, und begleitet vom Amt für Umwelt, Frau Vogt-Sädler. Fast alle Veranstaltungen fanden in den Räumen des Familienforum Edith-Stein, im Willi-Graf Haus statt, wo wir auch ansonsten gut unterstützt wurden. Ein besonderer Dank gilt den Referenten und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die uns fachlich unterstützt haben.

Neuss, im Juni 2008  
Layout, Graphik, Foto, Herstellung:  
www.dellerdruck.de



Offen und nachhaltig - Einführung,	5
Veranstaltungen, deren Ergebnisse zum Konzept führten	6
Neuss ist keine einsame Insel - Zusammenarbeit	8
Die neue Wirklichkeit: Bevölkerungsentwicklung	10
Familiengerecht wohnen in der Stadt	12
Im Alter selbstbestimmt leben	15
Integration muss sein	17
Blick Behinderungen	18
Kultur, ein starkes Argument	19
(Weiter)-Bildung - unerlässlich	20
Sport ist nicht nur Hobby	21
Urbanität, Stadtidentität, Lebensqualität	23
Unsere wichtigste Ressource: Fläche	24
Umdenken - Gegensteuern	27
Freiraum, Natur und Landschaft	28
(Einzel)- Handel im Wandel	30
Auch in Zukunft wichtig - Arbeitsplätze	31
Mobil bleiben in einer lebenswerten Stadt	32
Zu guter letzt . . .	34
Um es auf den Punkt zu bringen	35

█ Empfehlungen  
 und  
█ besondere  
 Hinweise





# Nachrichten zur Statistik

Ausgabe April 2008

Aktuelle Monatszahlen >

NEUSS.DE

## Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Neuss im April 2008

- Aktuelle Bevölkerungszahl: 152 167
- Bevölkerungsentwicklung: leichte Zunahme um + 19 Personen
- Ausländeranteil in %: 12,9

### Bevölkerungsentwicklung

Im April 2008 verzeichnete die Stadt Neuss einen geringen Einwohnergewinn von + 19 Personen, sodass sich die aktuelle Bevölkerungszahl auf 152 167 Einwohner erhöhte.

Den höchsten Bevölkerungszuwachs erzielte mit + 22 Personen die Furth-Süd, dicht gefolgt von Grimlinghausen (+ 20) und Reuschenberg mit + 19 Einwohnern. Den stärksten Bevölkerungsvorverlust verzeichnete die Innenstadt mit - 40 Personen. Mit Abstand folgte das Dreikönigenviertel mit - 23 Einwohnern.

### Deutsche

Ein Wanderungsgewinn in Höhe von + 7 Einwohnern, der durch einen Geburtenüberschuss von + 11 Personen verstärkt wurde, führte beim deutschen Bevölkerungsteil zu einer Zunahme auf 132 608 Einwohner.

### Ausländer

Ein ausgeglichener Wanderungssaldo von +/- 0 und ein geringfügiger Geburtenüberschuss von + 1 Person bewirkten bei den ausländischen Mitbürgern eine Bevölkerungszunahme auf 19 559 Einwohner. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung blieb mit 12,9 % unverändert.

### Wanderungsgewinne und -verluste

Die höchsten Wanderungsgewinne erzielte die Stadt Neuss durch den Bevölkerungsaustausch mit folgenden Gebietskörperschaften:

- o andere Bundesländer + 18
- o Stadt Düsseldorf + 15
- o Stadt Mönchengladbach + 12
- o Stadt Krefeld + 10

Der höchste Wanderungsverlust ergab sich dagegen durch die Verflechtungen mit dem...

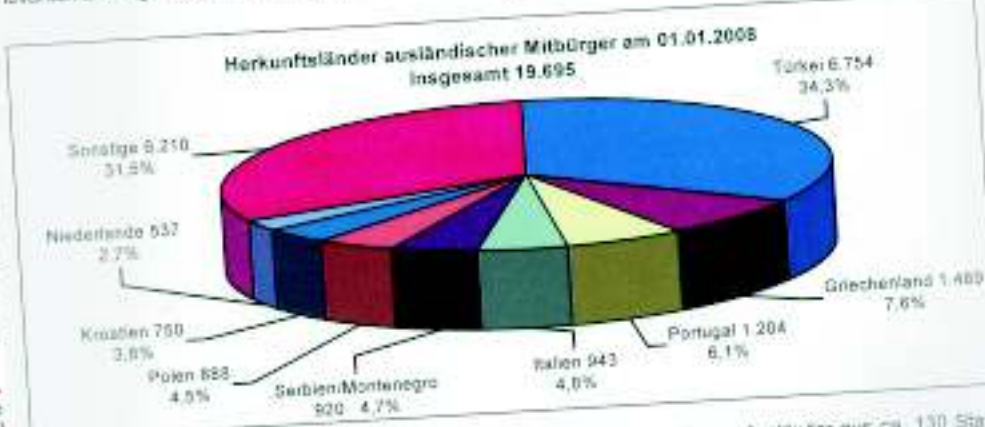
### 19.559 ausländische Mitbürger in Neuss

Die folgende Analyse der Statistikstelle des Amtes für Wirtschaftsförderung basiert auf Daten des Einwohnermelderegisters. Diese Zahlen liegen zwar etwas höher als die in der statistischen Bevölkerungsforschung, sie bilden aber für Strukturuntersuchungen eine unverzichtbare Datenquelle.

Hiernach lebten am 01.01.2008 in Neuss 19.559 ausländische Mitbürger (12,8 % der Gesamtbevölkerung). Damit verringerte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr um - 475 Personen oder - 2,4 %. Verursacht hat diesen Rückgang die hohe Zahl von 530 statistisch revidierten Einbürgerungen im Jahre 2007.

Bei fast allen Nationen sind Rückgänge zu verzeichnen. Eine der wenigen Ausnahmen sind die Chinesen, deren Zahl um + 39 auf 170 Personen zunahm. Rückläufig waren insbesondere die Zahlen der Türken (- 163), der Griechen (- 47), der Personen aus Sri Lanka (- 40), der Italiener (- 35) und der Personen aus Bosnien und Herzegowina (- 34). Die Zahl der Türken, Griechen und Personen aus Sri Lanka ging im Wesentlichen auf Grund von Einbürgerungen zurück. Außerdem setzte sich die seit Jahren beobachtete Entwicklung fort, dass die Zahl der Angehörigen der ehemaligen Arwerbestaaten Griechenland, Portugal, Spanien und Italien insbesondere durch Fortzüge älterer Personen stetig weiter sinkt.

Eigen
+
-
0
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030



**Türken größte Ausländergruppe**  
 Nach wie vor sind die Türken mit 6.754 Personen und einem Anteil von 34,3 % an allen Ausländern die...

samt wohnen in Neuss Ausländer aus ca. 130 Staaten.  
**6.665 Ausländer aus EU-Staaten**  
 ... oder ein Drittel der ausländischen Mitbürger...

Kraftfahrzeugbestand und -lücke zum 31.12.2007

	2006	2007	Diff.
Kraftfahrzeuge	8.134	8.029	-105
Personenkraftwagen	69.257	69.180	-77
davon privat	72.218	72.607	+389
gewerblich	15.039	17.403	+2.364
Lastkraftwagen	6.573	6.679	+106
Zugmaschinen	496	521	+25





Im Jahr 1996 beschloss der Rat der Stadt Neuss die Gründung der lokalen Agenda 21 „Neuss Agenda 21“ und setzte sich damit das Ziel, die Stadt Neuss im Sinne der Konferenz von Rio nachhaltig zu entwickeln.

Es bildeten sich vier Bürgerforen mit den Themenschwerpunkten Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Lebensstile.

Seitdem beschäftigten sich diese Foren erfolgreich mit sehr unterschiedlichen Projekten wie zum Beispiel „Lokale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten“, „Ausbau des Botanischen Gartens“, „Entwicklung der südlichen Furth“, „Entwicklung des Westfeldes“ und vielem mehr.

Einige Projekte wurden so weit entwickelt, dass sie in den Stadtrat eingebracht und bereits teilweise realisiert werden konnten (siehe Wohngebiet südliche Furth).

Seit Ende 2005 hat sich nun das Forum Stadtentwicklung folgendem Thema gestellt:

## „Neuss 2030 – Stadt im Wandel“.

Die Vorbereitungen in verschiedenen Treffen des Forums mündeten in ein Arbeitskonzept und eine Veranstaltungsreihe mit Themenfeldern, die vom Forum Stadtentwicklung als wichtige Grundlagen für ein neues Stadtentwicklungskonzept angesehen wurden.

In einer sehr gut besuchten Auftaktveranstaltung am 31. März 2006 im Ratssaal wurde in einer Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Experten aus vielen Bereichen und einem Einführungsreferat von Prof. Eichener von der Universität Düsseldorf das Thema zum ersten Mal diskutiert.

Danach wurden in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen die vorgesehenen Themen vorgestellt und mit dem Ziel diskutiert, einen Vorschlag für ein „neues Stadtentwicklungskonzept“ zu erarbeiten und in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Dabei arbeiteten Referenten, Vertreter aus Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft, Sozialverbänden, Naturschutzverbänden und anderen relevanten Gruppierungen zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, um ein möglichst breites Spektrum an Meinungen zu bekommen. Leider fehlte in diesem Projekt dabei die Mitarbeit jüngerer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aus den Veranstaltungen heraus wurden Zielvorstellungen formuliert, die nun hiermit zu einem nachhaltigen Gesamtkonzept zusammengefasst werden.

Dem Forum Stadtentwicklung war es wichtig, sein Augenmerk auf das zu lenken, was in unserer Stadt getan werden muss. Dabei kam es uns nicht darauf an, sämtliche städtischen Themenfelder zu bearbeiten und schon gar nicht solche, bei denen aufgrund auf den Weg gebrachter Konzepte zur Zeit kein weiterer Handlungsbedarf besteht.



22. 02. 2006

**"Vorstellung des bestehenden Flächennutzungsplanes"**

Referent: St. Pfitzer, Planungsdezernent der Stadt Neuss,

31. 03. 2006

**„Städte im Wandel der Demographie“** Vortragsveranstaltung im Ratssaal mit Professor Dr. V. Eichener

22. 05. 2006

**Sichtung von statistischen Daten** wie Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Arbeitsplätze - und Flächenverbrauchsentwicklung

Referenten: H. Düsing, Stadt Neuss, Fr. I. Tintemann, Stadtplanerin

21. 06. 2006

**„Soziale Entwicklung in Neuss 1. Teil“**, diskutiert wurden die Themen:

- Leben im Alter - ist die Zukunft rosig?
- Familien und Kinder - Was muss für sie getan werden?

Referenten: H. Kallen, Caritasverband, H. Brunck, Diakonisches Werk, H. May, Noah

13. 09. 2006

**„Soziale Entwicklung in Neuss 2. Teil“**, mit den Themen:

- Migrantinnen/Migranten- Wie ist Integration möglich ?
- Menschen mit Behinderungen - einbeziehen oder ?

Referenten: H. Kallen, Caritasverband, H. Gaul, Augustinuskliniken

18. 10. 2006

**"Welche Verkehrsinfrastruktur braucht Neuss 2030"?**

Vorstellung des Verkehrsentwicklungsplanes Neuss

Referent: H. Hübner, Büro Schlegel-Spiekermann

08 .03. 2007

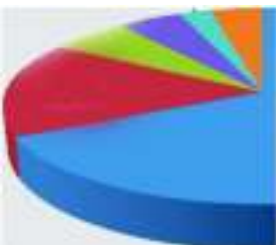
**"Wieviel Flächenverbrauch ist für eine nachhaltige Stadtentwicklung sinnvoll?"**

Referent: H. Rothe, Dezernent für Stadtentwicklung und Bauordnung, Euskirchen

21. 03. 2007

**Freizeit (Kultur, Weiterbildung, Sport) – Wohin geht die Reise?"**

Referenten: Dr. Chr. Zangs , Kultur- und Schuldezernentin; Dr. Ferfers, Umwelt- und Sportdezernent; Klaus Becker, Stadtsportverband; H. Braun Familienforum Edith-Stein





# deren Ergebnisse zum Konzept führten:

7

**26. 04. 2007 "Food-City – oder mehr ? –  
Was braucht die Stadt für die Zukunft?"**

Referent: H. Galland, Wirtschaftsförderung der Stadt Neuss

**09. 05. 2007**

**"Stadtidentität/ Urbanität, die Wirkung zeigt"**

Referent: H.-H. Grosse-Brockhoff, Kulturstattssekretär NRW

**30. 05. 2007**

**"Umweltentwicklungsplan – Wieviel Natur brauchen wir?"**

Referent: Dr. Ferfers, Umwelt- und Sportdezernent der Stadt Neuss

**15. 08. 2007**

**"Was planen die großen Nachbarstädte und die Städte und  
Gemeinden im Kreis Neuss?"**

Referent: H. Petrauschke, Kreisdirektor des Rhein-Kreis-Neuss

**18. 09. 2007**

**"Ideenschmiede – Leben in der Zukunft?"**

Besuch der Ausstellung Raumortlabor / Insel Hombroich,

Referent: H. Petzold, Geschäftsführer Kulturstiftung Insel Hombroich

**24. 11. 2007 – Konzeptdiskussion 1. Teil**

**06. 03. 2008 – Konzeptdiskussion 2. Teil**

**10. 04. 2008 – Konzeptdiskussion 3. Teil**

**23. 04. 2008 – Konzeptdiskussion 4. Teil**

**14. 05. 2008 – Verabschiedung des Konzeptes**

**10. 06. 2008 - Konzept, letzte Lesung, Vorbereitung neuer Themen**

**20. 06. 2008 – Einbringen des Konzeptes in den Stadtrat**

Noch geplante Veranstaltungen:

**"Einzelhandel zwischen Wunsch und Wirklichkeit"**

Podiumsdiskussion

**"Wie halten wir es mit dem Klima?"**

Wege zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Stadt

Vortrag mit Diskussion



## Neuss ist keine einsame Insel





Ständige Aufgabe der Verantwortlichen der Stadt ist es, für Bürgerinnen und Bürger nachhaltig eine lebens- und liebenswerte Stadt zu gestalten, die es ermöglicht, in einem geordneten Umfeld zu leben, den beruflichen Zielen und Aufgaben nachzugehen und ihre Freizeit ortsnahe zu genießen und zu gestalten. Für diese Sicherung der Zukunft der Menschen in Neuss gilt es, Geleistetes auf den Prüfstand zu stellen und offen nach Neuem Ausschau zu halten.

Unter Beachtung dieser Ziele muss die Stadt Ihr Profil schärfen und dabei auch einmal eigene Wege gehen. Es wird unerlässlich sein, mit den umliegenden Städten, Gemeinden und Gebietskörperschaften mehr als bisher eine gute Zusammenarbeit, dabei vor allem eine inhaltliche Abstimmung und auch Arbeitsteilung bei fairem Interessenausgleich zu entwickeln.

## **Deshalb empfiehlt das Forum Stadtentwicklung:**

Vorschläge zur Verbesserung der nachbarstädtischen Beziehungen, zur Kooperation mit dem Rhein-Kreis Neuss und den Städten und Gemeinden sind zu erarbeiten und vorzustellen. Dabei kann es für bestimmte Aufgabenbereiche erforderlich oder von Vorteil sein, einen übergemeindlichen oder regionalen Verbund zu finden.

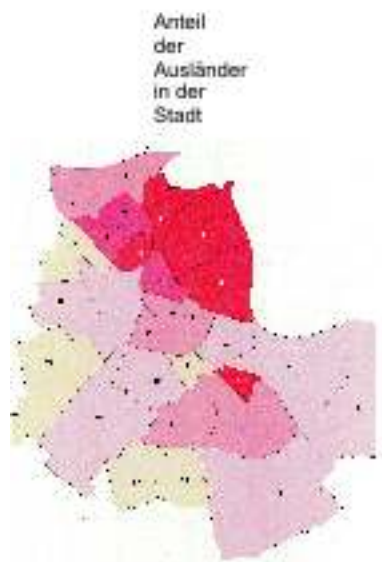
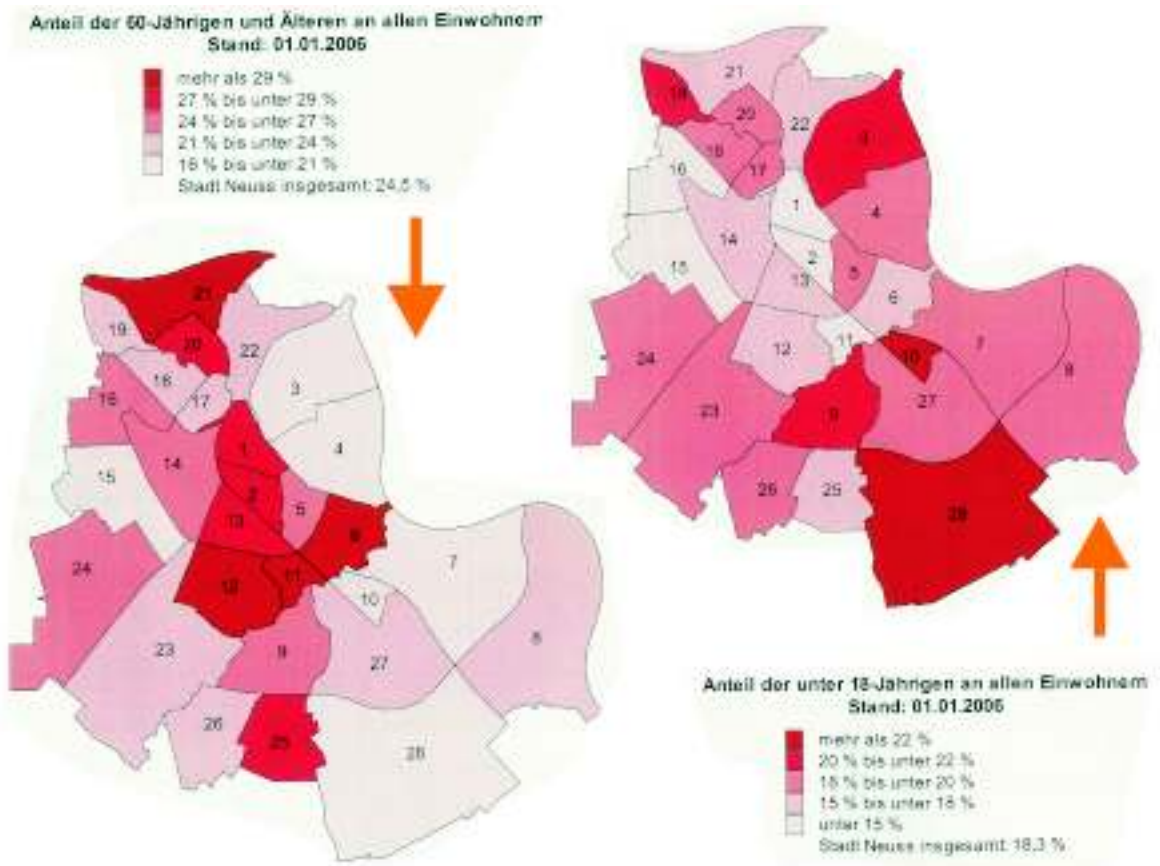
Die Selbständigkeit der Stadt und anderer Körperschaften muss unangetastet bleiben, weil nur eigene Handlungsfähigkeit das Erreichen vorgenannter Ziele sichert.

Bürgerschaftlichen Initiativen ist mehr Raum und Förderung zu geben. Es sind weitere Verfahren zu entwickeln, wie in Zukunft die Bürgerschaft stärker in die Gestaltung der Stadt und bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen eingebunden werden kann.

## **Auch sollte die Verwaltung prüfen:**

- ◆ ob oder wie ein Umlandverbund oder gemeinsame Entwicklungs- und Erschließungsmaßnahmen ökologischen Zielen und nachhaltiger Entwicklung stärker dienlich sein können
- ◆ wie Verwaltung vereinfacht und Kosten weiter gesenkt werden können, ohne dass Bürgernähe aufgegeben wird
- ◆ wie Dienstleistungen zur Sicherung von Grundbedürfnissen (z.B. Wasser, Energie, Fernwärme) effektiver und kostengünstiger angeboten werden können
- ◆ wie die Ressourcen, die sich aus dem Umland ergeben (z. B. aus Landwirtschaft, Braunkohle, Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas) stärker nutzbar gemacht und in ein städtisches oder gemeinsames Entwicklungskonzept eingebunden werden können.







Die Bevölkerungsstatistiken für den Köln-Düsseldorfer Raum sagen zwar für die nächsten Jahre eine relativ konstante Bevölkerungsentwicklung voraus, aber ab 2015 muss trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung mit einer Abnahme gerechnet werden. Die Einwohnerzahl in Neuss hatte 2004 mit 152.777 Einwohnern die bisherige Spitze erreicht. Seitdem nimmt die Bevölkerungszahl trotz reger Bautätigkeit langsam ab auf 152.361 (12/2007).

Aufgrund der Bevölkerungsprognose für die „Rheinschiene“ ist zu hinterfragen, ob die Stadt Neuss ihr angepeiltes Ziel von dauerhaft 150.000 Einwohnern aufrecht erhalten kann, vor allem aber auf welche Weise. Hier gilt das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung und nicht das Abwerben von Bürgern aus den umliegenden Städten und Kommunen „um jeden Preis“, d.h. es muss bei allen Maßnahmen auch der Flächenverbrauch und die damit verbundenen neuen Infrastrukturkosten mit in die Überlegung einbezogen werden.

Der Veränderung der Alterspyramide sollte entgegen gewirkt werden. Dabei muss vor allem die Ansiedlung junger Menschen und die Verbesserung der Lebenssituation von Familien mit Kindern im Vordergrund stehen. Es ist deshalb neben der dafür notwendigen Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Ganztagschulen, Spiel- und Sportplätze, usw.) die deutliche Ausprägung einer „Neusser Stadtidentität“ mit einem attraktiven Erlebnisraum „Innenstadt“ zu entwickeln, um auch in der stark „alternden“ Innenstadt Aufenthaltsqualität und damit Raum für jüngere Bewohner zu schaffen. Andererseits müssen genügend freie Flächen in den einzelnen Stadtteilen und in den Außenbereichen der Stadt zur Erholung und Freizeitnutzung erhalten bleiben.

Den Veränderungen in Formen des Zusammenlebens ist zu entsprechen, jedoch ohne dass die Förderung klassischer Lebensgemeinschaften außer Acht gelassen wird.

Da ein Umdenken kein Prozess von einem auf den anderen Tag ist und der Planungshorizont der Verwaltung mit 2020 recht knapp bemessen ist, schlagen wir vor, ein längerfristiges Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten und dabei:

- ◆ Im Sinne dieser Grundsätze den beteiligten Ämtern und Fachbüros realistische Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen für die weitere Vorbereitung zur Verfügung zu stellen. Diese Rahmenbedingungen benötigen zeitgleich eine finanzielle Perspektive.
- ◆ Wege aufzuzeigen, wie fachbereichsübergreifende Aufgaben, zum Beispiel Familien- und Kinderfreundlichkeit, Behindertengerechtigkeit, Sozialverträglichkeit etc. nachhaltig sichergestellt werden können. Bei eindeutigen Erkenntnissen und Aufgaben sind zielgerichtete Entscheidungen - insbesondere solche außerhalb eines konkreten Flächennutzungsplanes - bereits vor dessen Verabschiedung vorzulegen und zu treffen.
- ◆ Mit den großen Bauträgern der Stadt sind zügig Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, mit denen Monostrukturen im Wohnungsbestand bestimmter Stadtteile ausgeglichen werden können. Daten und Erkenntnisse liegen vor, daher ist Handlungsbedarf schon jetzt gegeben.



# Familiengerecht wohnen in der Stadt

Nach Jahrzehnten des Rückzugs der Wohnnutzung aus den Innenstädten kann mittlerweile für räumliche Teilbereiche und bestimmte Nutzergruppen eine „Renaissance des Wohnens in der Innenstadt“ beobachtet werden. Zuzüge, bzw. die bewusste Entscheidung für den Wohnort Stadt gehen aber bislang vorrangig auf Zuwanderungen aus dem Ausland und auf das verstärkte Interesse kinderloser Paare und Singles zurück, die das kulturelle Leben an stadtzentralen Wohnorten schätzen.

Familien mit Kindern spielen nach wie vor als „Wiederentdecker der Stadt“ eine unbedeutende Rolle. Angebot und Nachfrage konzentrieren sich weiterhin auf Neubaugebiete in Stadtrandbereichen. Auffällig wird dieses Phänomen bei der Entwicklung der Kindergärtenkinder- und Schülerzahlen in innerstädtischen Einrichtungen. Diese verzeichnen vielerorts einen dramatischen Negativtrend. Innerstädtische Bildungsorte werden darüber hinaus überwiegend von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien frequentiert, die sich ihren Wohnstandort nicht aussuchen können.

Welche Folgen hat dieser Trend? Wenn Familien als Nutzergruppe in der Stadt eine Rolle spielen, sollte verstärkt auf die Erfordernisse von Familien als Bewohnerschaft der Innenstadt eingegangen werden. Dazu ist eine Abstimmung der Angebote der Wohnungswirtschaft auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Familien erforderlich.

## Die Folgen für Städte ohne Familien mit Kindern

Familien haben als innerstädtische Bewohnergruppe eine besondere Bedeutung. Insbesondere Familien sind als starke Konsumentengruppe und durch eine verlässliche und kontinuierliche Nachfrage nach sozialer Infrastruktur (z. B. Büchereien und Schwimmbäder) ein stabilisierender Faktor für die städtische Wirtschaft. Weiterhin stärken sie die städtische Struktur durch eine starke Bindung an das örtliche soziale Umfeld, eine erhöhte Kommunikationsbereitschaft und soziale Kontrolle.

Folgen des unverminderten Schwunds von Familien mit Kindern sind unter anderem:

- Ungenügende Auslastung der Infrastruktur, dadurch Ausdünnung des Angebotes in Quantität und Qualität und höhere Kosten
- Segregation und Ghettobildung durch Entmischung sozialer Gruppen
- Verlust städtischer Kommunikationskultur auf Grund fehlender generationsübergreifender Kontakte
- Imageschaden „Kinderfeindliche Stadt“
- Sekundäre Folge: Anstieg des Flächenverbrauchs für Bauland und verkehrliche wie auch soziale Infrastruktur durch die Ausweisung von Neubaugebieten in Stadtrandlagen, Emissionsaufkommen durch verstärkte Mobilität, Zerschneidung naturnaher Lebensräume etc...





# – wichtiger denn je!

## Ursachen des Rückzugs der Familien aus den Städten

Insbesondere der Wunsch nach einem „Eigenheim im Grünen“, vertreibt die Familien aus den Städten und leitet Suburbanisierungsprozesse ein, die als Hauptursache für den Bevölkerungsschwund der Städte identifiziert sind. Regionale Strukturwandel und damit verbundene Ortsveränderungen durch Arbeitsplatzwechsel sowie der demografische Wandel (allgemeine Verringerung der Bevölkerungsmenge, also auch der Anzahl von Familien mit Kindern) tragen zusätzlich zur Dynamik dieser Abwanderungsprozesse bei. Ursachen für den Fortzug von Familien aus Innenstädten sind u.a.:

- höherer Wohnungsflächenbedarf
- hohe Bodenpreise in innerstädtischen Lagen
- der Wunsch nach selbstdefiniertem Wohneigentum
- der Wunsch nach familienfreundlichen modernen Wohnraumangeboten
- der Wunsch nach privaten Freibereichen
- Druck durch soziale Segregation
- mangelnde Ausstattung des Wohnumfeldes mit Grün und Spielmöglichkeiten
- mangelnde Verkehrssicherheit

## Vorteile innerstädtischer Wohnorte für Familien

Zahlreiche Familien verlassen die Stadt nur ungern. Sie schätzen bestimmte Vorteile der Stadt:

- Städtisch-lebendiges Umfeld, Kultur-, Gastronomie- und Versorgungseinrichtungen.
- Die Berufstätigkeit beider Eltern (insbesondere aber die von Müttern) lässt sich im städtischen Umfeld auf Grund der besseren Infrastruktur für die Kinderversorgung und Alltagsbewältigung wie auch durch eine höhere Arbeitsplatzdichte häufig besser realisieren.
- Die Bildungsangebote für Kinder sind an städtischen Wohnstandorten umfangreicher.
- Preisgünstige Alternativen zum PKW könnten genutzt werden.
- Durch aktuelle politische Prozesse erhalten weitere Vorteile der Stadt mehr Gewicht bei der Wohnstandortwahl: Ein Haupterwerbsgrund für Immobilien ist die Altersvorsorge. Mittlerweile werden auch Mobilität/Versorgung und soziales Umfeld im Alter in die Überlegungen zur Standortwahl einbezogen. Die Stadt ist hier im Vorteil.
- Der niedrige Bodenpreis als Hauptvorteil des Stadtumlandes wird zunehmend geschwächt durch steigende Treibstoffpreise und den Wegfall der Pendlerpauschale.
- Der Wiederverkaufswert von städtischen Immobilien wird höher eingeschätzt im Vergleich zu Immobilien im Stadtumland.



Die Vorteile des „Eigenheims auf der grünen Wiese“ müssen auf die Innenstadt übertragbar sein:

Familien, die sich ihren Wohnstandort auswählen können (sogenannte Wohnoptimierer) können von einem Wohnort in der Innenstadt dann überzeugt werden, wenn sie zusätzlich zu den Vorteilen der Stadt, die Vorteile des „Eigenheims auf der grünen Wiese“ zumindest in substituierter Form beanspruchen können. Die Forderungen an Stadtentwicklung, Bauträger und Bauherren sind daher u.a.:

- familiengerechte flexible Wohnungs-/Hausgrößen mit entsprechenden Grundrissen
- bezahlbarer hochwertiger Wohnraum
- hochwertige private und öffentliche Freiräume, schöne Aus- und Anblicke
- Verkehrssicherheit und Lärmschutz
- hochwertige Anbindung an den ÖPNV
- Schutz der Privatsphäre
- sensible Nutzungsmischung
- gute Ausstattung mit kind- und jugendgerechten öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen und Anlagen, mit sozialer Bildungs- und Versorgungsinfrastruktur

## Das Problem der Flächenverfügbarkeit in der Stadt

Die Schwierigkeit der Versorgung mit familiengerechtem Wohnraum liegt u.a. in der Flächenverfügbarkeit (Bodenpreise!). Die Dominanz der Bestände lässt die Städte „erstickend“ - schleichende Verdrängungseffekte durch rentablere Kerngebietenutzungen. Für Familien ungeeignete Wohnungsgrundrisse und Ausstattungselemente (teils begründet durch Renovierungsstau aber auch durch ein großes Angebot kleiner Singlewohnungen) wie auch durch den schleppenden Generationswechsel sind vielfach geeignete Wohnraumangebote zunächst einmal gar nicht vorhanden, zumal viele Ältere verständlicherweise auch als Single in großen Wohnungen verbleiben.

Von großer Bedeutung für den Wohnungsbau ist daher auch die Reaktivierung von innerstädtischen Brachen sowie eine auf Wohnraum- und Wohnumfeldqualität zugeschnittene Förderung im Bereich Stadterneuerung, damit neue Wohnquartiere den Anforderungen von Familien mit Kindern an das Wohnumfeld gerecht werden können.

## Immobilienwirtschaftliche und planungsrechtliche Voraussetzungen innerstädtischer familiengerechter Wohnstandorte

Nicht zuletzt behindern Vorurteile („Familien wollen sowieso nicht in der Stadt wohnen“) und die geringe Bereitschaft in große Wohnungen zu investieren eine umfassende Initiative zur Attraktivierung der Innenstadt für Familien. Investoren müssen von den immobilienwirtschaftlichen Vorteilen familiengerechter Wohnraumangebote überzeugt werden, damit für die wenigen innerstädtischen Flächen, die zur Reaktivierung anstehen, eine solche Entwicklungsoption auch ernsthaft geprüft wird.

In diesem Zusammenhang verweist das Forum Stadtentwicklung auf die eindeutige und dringende Empfehlung auf Seite 27, (Stadtumbau . . .)





Die deutsche Gesellschaft altert. Nicht nur, dass die Menschen immer älter werden, sondern auch, dass der Anteil der älteren Menschen an der Gesellschaft in den nächsten 30 Jahren ständig steigt – auch wenn es gelingt, die Geburtenraten wieder anzuheben. Wie aus den Umfragen der letzten Jahre, z.B. in der Nordstadt, eindeutig hervorgeht, wollen Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in ihrer Umgebung bleiben und selbstbestimmt leben. Da für viele ältere Menschen die familiären Bindungen, z.B. durch die steigende Mobilität der jüngeren Generation, abnehmen, wird die Bindung an das Wohngebiet und die Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Der Umzug in ein Seniorenheim kommt für die meisten Senioren erst dann in Frage, wenn sie stark pflegebedürftig und/oder verwirrt sind. Andererseits wächst die Gruppe der Senioren, die nach neuen Formen des Zusammenlebens suchen und bereit sind, dafür Orts- und Wohnungswechsel in Kauf zu nehmen. Deshalb wird es in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe sein, den vielfältigen Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe durch geeignete Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Ziel muss sein, dass Senioren und Seniorinnen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben unter Teilhabe am öffentlichen Leben führen können. In diesem Sinne sollten auch die Bestrebungen älterer Gruppen stärkere Förderung finden, die sich selbst (neue) Wohngemeinschaften schaffen wollen.

In älteren Stadtteilen findet – allerdings schleppend – nach und nach eine Altersdurchmischung durch Zuzug junger Familien statt. Da oft Begegnungsräume wie Kneipen, Läden oder Versammlungsräume fehlen, finden wenige Kontakte untereinander statt. Anders läuft es in den neuen Wohngebieten „Meertal“ und „südliche Furth“, wo es differenzierte Wohnformen für verschiedene Altersgruppen gibt und wo die NOAH (Diakonie) ein Stadtteilzentrum betreibt, das Begegnungen ermöglicht und Serviceangebote macht.

Neuss hat bereits zahlreiche Seniorenwohnheime, Seniorenstuben, Tagesstätten, ambulante Betreuungen, Servicewohnungen, aber nicht in allen Stadtteilen.

Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit der letzten Jahre gerade vieler älterer Menschen und die oft geringen Einkommen von Frauen schaffen in naher Zukunft mehr „arme“ Seniorinnen und Senioren, die vom Staat, also auch von der Kommune unterstützt werden müssen.

Es besteht bei älteren Menschen ein starkes Festhalten am Haus bzw. an der Wohnung, getragen von dem Gedanken „nur nicht ins Heim“, was oft gleichbedeutend ist mit einem relativ großen Wohnflächegebrauch. Hier müssen endlich weitere Anreize zum Tausch von Eigentum im Wohnviertel oder in der Nähe von Verwandten und Freunden gefunden und weiter entwickelt werden. Beispiele gibt es.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind bisher sowohl in der ambulanten Pflege als auch in den Seniorenheimen so gut wie nicht vertreten. Die Pflege der ausländischen Senioren findet jetzt noch weitgehend in den Familien statt, aber mit abnehmender Tendenz. Immer weniger SeniorInnen gehen zurück in ihre Heimatländer, sondern bleiben in der Nähe der hier lebenden Kinder.



Die Gesellschaft muss sensibler für die Probleme werden, die mit dem demografischen Wandel einher gehen. Die ältere Generation muss sich rechtzeitig auf das Alter vorbereiten. Wichtiger als der Wandel im Wohnraumbedarf wird „die Vorsorge im Kopf“ sein. Dabei kann die ältere Generation ihre oft vorhandene geistige und körperliche Fitness für viele ehrenamtlichen Tätigkeiten nutzen, denn z.B. junge Familien oder Alleinerziehende brauchen Menschen, um die Wirklichkeit des Lebens realisieren zu können.

Auf die Stadt Neuss kommen in der Zukunft verstärkt folgende Aufgaben zu:

- ◆ Der bestehende Wohnungsbestand muss den Bedürfnissen älterer Menschen angepasst werden, d.h. es muss in allen Stadtteilen eine genügende Anzahl Wohnungen barrierefrei bzw. barrierearm vorhanden sein oder geschaffen werden. Im freien Wohnungsbau (gerade im Altbestand), muss über städtische Fördermaßnahmen für altengerechte Umbauten nachgedacht werden (siehe Seite 27).
- ◆ Der Wechsel in eine passende (kleinere) Wohnung muss auch durch eine Wohnungstauschbörse organisiert werden. Mehr Flexibilität für einen Wohnungs- bzw. Hauswechsel, möglichst im vertrauten Wohnviertel, muss durch Serviceangebote/Netzwerk unterstützt werden. Dabei sollte auch über Umzugsbeihilfen nachgedacht werden. Ein Durchbruch in der sinnvollen, zufriedenstellenden Organisation des Wohnens wird sich positiv auswirken auch auf die Ressource „Fläche“.
- ◆ Für neue Wohnformen, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser oder Wohngemeinschaften in Eigenregie („Senioren-WG's“, „Beginenhöfe“), die auf intensive Nachbarschaftshilfe aufbauen, müssen geeignete Grundstücke oder Projekte zur Verfügung gestellt werden.
- ◆ Hilfe für Behinderte, Senioren und psychisch Kranke funktioniert nicht abstrakt, sondern muss konkret organisiert werden. Wichtig ist dabei die dezentrale Versorgung in den vertrauten Stadtteilen mit Serviceangeboten aller Art, von Pflegediensten und „Essen auf Rädern“ angefangen bis hin zu nachbarschaftlich organisierten Diensten wie Hilfe beim Einkauf oder beim Arztbesuch. In diesem Sinne könnte z. B. die noch festzulegende weitere Nutzung des Rathauses Norf eine hervorragende Hilfe sein.
- ◆ Das aus unserer Sicht sehr wichtige ehrenamtliche Engagement in den Stadtteilen muss organisiert werden, z. B. über eine Zeittauschbörse.
- ◆ Wichtig ist dabei auch, dass in jedem Stadtteil Zentren und Mittelpunkte geschaffen werden, wo man sich kennt und trifft. In neuen Wohngebieten, wie z. B. Allerheiligen, müssen Bürgerzentren zeitgleich mit dem Wohnungsbau kommen, nicht Jahre später.
- ◆ Es müssen bezahlbare Seniorenwohnheime mit angegliederten Seniorenwohnungen in den allen Stadtteilen gebaut werden. Dabei müssen Angehörige und Freunde mit in die Betreuung eingebunden werden (z.B. Preisnachlass bei den Betreuungskosten). Über Alternativen wie ambulante und stationäre Pflegezentren muss nachgedacht werden.
- ◆ Es müssen Pflegewohngruppen für Demenzkranke geschaffen werden, wie beim Wohnprojekt „Südliche Furth“.
- ◆ Es muss an eine gute Anbindung an den ÖPNV gedacht werden.





Städte galten seit jeher als Magneten für Zuwanderung. Das galt und gilt sowohl für Menschen in Not als auch für die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Der Ausländeranteil im Rhein-Kreis Neuss beträgt ca. 11,5 %, in Neuss selbst liegt er bei ca. 13 %. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund dürfte aber in Neuss insgesamt bei ca. 25 % liegen. Die größte ausländische Gruppe kommt aus der Türkei. Wichtig für eine erfolgreiche Integration ist: wer sich integrieren will, braucht jemanden, der Integration zulässt. Deshalb darf nicht nur Integration abverlangt werden, sondern man muss auch Eigenheiten und Kompromisse zulassen. Bei Problemen der Integration sind auch die Biographien der einzelnen Menschen zu beachten, z.B. Jugendliche aus den ehemaligen GUS-Staaten.

In Neuss ist in einzelnen Stadtteilen (z.B. Erfttal, Weckhoven, Barbaraviertel) der Ausländeranteil relativ hoch, ist aber nur bedingt als problematisch anzusehen. Integration im privaten Bereich ist eher schwierig, daher ist die Arbeit in den sozialen Einrichtungen besonders wichtig.

## Was muss getan werden ?

- ◆ Die Besiedlung der Stadtteile sollte so gesteuert werden, dass verschiedene soziale Schichten in ihnen leben können. Dabei dürfen Stadtviertel benachteiligte Stadtteile durch Schließung von öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen und Gemeindezentren nicht „kaputt gewohnt“ werden.
- ◆ In Allerheiligen, wohin auch etliche Menschen mit Migrationshintergrund ziehen, müssen das Gemeindezentrum und die Grundschule zeitgleich mit dem Wohnungsbau gebaut werden, nicht Jahre später.
- ◆ Nachträgliche Mischbebauung, wie in Erfttal und Weckhoven ist wichtig. Hier kommt den Neusser Baugesellschaften eine besondere Verantwortung zu.
- ◆ Statt in ethnischen Zentren muss soziale Stadtteilarbeit in Gemeindezentren organisiert werden. Dort soll beraten, unterrichtet und das Stadtteilleben gestaltet werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist unabdingbar. Sprachförderung muss auf allen Ebenen und besonders „vor Ort“ ausgebaut werden.
- ◆ Hilfen bei Behördengängen durch Integrationslotsen bzw. Paten, auch oder gerade durch ausländische Mitbürger, muss organisiert werden.
- ◆ Das Kulturleben muss verstärkt Impulse setzen, z.B. durch Aktionen wie „Kultur von, für und mit Migranten“.
- ◆ Dem Wunsch nach Ausübung des Glaubens soll in angemessener Form Rechnung getragen werden (z.B. der Bau von Moscheen, Gotteshäusern, Gebetsräumen).
- ◆ Städtepartnerschaften sollen von der gesamten Neusser Bevölkerung gepflegt und gestaltet werden.
- ◆ Die Wirtschaftsförderung soll verstärkt die wachsende Ökonomie von „Ausländern“ mit Rat und Tat unterstützen.



Die von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte UN-Konvention mit dem Titel „Vom Ausschluss zur Gleichheit – Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen“ zielt darauf ab, überall auf der Welt abzusichern, dass diese Menschen respektvoll behandelt werden und in weitestgehender Autonomie ihr Leben unabhängig gestalten können, damit sie voll und effektiv am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Sie haben – wie alle anderen – ein Recht auf Individualität, auf Anders sein und es sollen ihnen gleiche Entfaltungschancen zugebilligt werden.

Die Verwirklichung dieser Rechte geschieht am wirkungsvollsten in den konkret erfahrbaren regionalen Sozialräumen, die unmittelbare Relevanz für die beeinträchtigten Menschen haben. Angesprochen ist die Stadt Neuss mit ihren Stadtteilen, ob sie den Weg zu einem gemeinsamen Leben von Menschen mit und ohne Behinderung fördert. Was ist dabei zu beachten?

Die von Beeinträchtigungen betroffenen Menschen sind in die für sie relevanten Planungsprozesse an allen Stellen systematisch einzubinden. Es darf nicht über sie verhandelt werden. Behinderte Menschen wollen und werden in der Zukunft in allen für sie wichtigen Anliegen mitdenken, mitreden und mitentscheiden.

Grundhaltung:

Das mit dieser Haltung korrespondierende Prinzip heißt Inklusion. Dabei handelt es sich um einen einfachen, nach zwei Seiten wirkenden Vorgang: Menschen mit Behinderung nehmen gleichberechtigt am Leben in der Gemeinschaft teil, und Menschen ohne Behinderung sind dafür offen.

Konkretisierung auf der regionalen Ebene der Stadt und der Stadtteile:

- ◆ Behindertenhilfe findet zukünftig nicht mehr in eigens für Menschen mit Behinderung geschaffenen Sonderräumen (Gettos) statt. Sie unterstützt die Betroffenen darin, dort leben zu können, wo alle leben. Behindertenpolitik greift diesen Grundsatz auf und unterstützt die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen.

Aspekte darin:

- ◆ Es müssen weitere barrierefreie Wohnungen und barrierefreie Arbeitsplätze einschließlich der vor Ort nötigen individuellen Assistenz geschaffen werden.
- ◆ An den allgemeinen Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen in ausreichendem Umfang barrierefreie Bildungsangebote bereit gehalten werden.
- ◆ Es stehen in den Stadtteilen barrierefreie Gemeindezentren zur Verfügung, die Menschen mit Beeinträchtigungen integrieren und so das soziale Miteinander fördern. Das Gemeindezentrum ist ein Ort der Begegnung, der persönlichen Beratung in schwierigen Lebenslagen und der Vernetzung regional verfügbarer Hilfesettings. Die erforderlichen Leistungen werden unter Einbezug der erforderlichen Professionalität auch von ehrenamtlich engagierten Bürgern mitgetragen.
- ◆ Die Öffentlichkeit wird für die Rechte behinderter Menschen auf Inklusion und individuelle Assistenz sensibilisiert.







Neuss hat mit der Volkshochschule, der Musikschule, der Stadtbücherei, dem Kulturforum Alte Post, der Fernuniversität, den kirchlichen Weiterbildungsträgern Familienforum Edith-Stein und der Ev. Erwachsenenbildung ein breit gefächertes Bildungs- und Weiterbildungsangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Auch in den Jugendzentren und anderen Einrichtungen werden zahlreiche Kurse angeboten. Den Kindergärten kommt in der Zukunft beim Einstieg in die Bildung, zum Beispiel bei der Sprachförderung ab drei Jahren, eine zunehmende Bedeutung zu.

Bei der Frage, welchen Aufgaben sich die Weiterbildung in der Zukunft stellen muss, sind Erkenntnisse wie „lebenslanges Lernen ist notwendig“, „ohne ausreichende Bildung keine Arbeit“, „ohne sprachliche Bildung keine Startchancen für Kinder von Migranten“, oder „Lernen im Alter schützt vor Einsamkeit“, um nur einige Beispiele zu nennen, zu berücksichtigen.

Aber auch die Tatsache, dass sich die Lebensbedingungen für Familien mit Kindern, z. B. durch Vollberufstätigkeit beider Eltern oder eines allein Erziehenden Elternteiles, rasant verändern, muss bei den Bildungs- und Betreuungsangeboten Eingang finden. Damit die Erziehung der Kinder und die Beziehungen in den Familien gelingen, brauchen Eltern differenzierte Angebote, in denen Sie Orientierung und Unterstützung finden.

Eine Aufgabe, der sich die Stadt und ihre Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker stellen müssen, ist die Tatsache, dass durch steigende Armut die Gesellschaft auseinander zu driften droht. Hier muss das Motto, „der Mensch ist mehr als seine berufliche Leistungsfähigkeit“ im Vordergrund von Bildungsangeboten stehen. Die in den letzten Jahren erfolgten Kürzungen, nicht nur städtischer Mittel, gefährden die vielfältigen Angebote und gefährden letztendlich Bildungseinrichtungen in ihrer Existenz.

Die stetige Anhebung der Gebühren auf allen Ebenen sperrt ärmere Bevölkerungsschichten von der Bildung aus. Deshalb sind ausreichend finanzielle Investitionen in Bildung und Weiterbildung für die nachhaltig wirtschaftliche und „emotionale“ Entwicklung einer Stadt von außerordentlicher Bedeutung.

#### Das Forum Stadtentwicklung empfiehlt deshalb:

- ◆ Die Vielfalt der Bildungsanbieter und deren Angebote muss erhalten und zukunftsfähig ausgebaut werden.
- ◆ Erfolgsmodelle wie die „Alte Post, oder die Musikschule sind auch unter dem Gesichtspunkt der beruflichen Orientierung und Förderung zu betrachten, die Gebühren dürfen kein Hemmschuh für breitere Nutzerschichten sein.
- ◆ Der Beschluss, die VHS, Musikschule und Fernuniversität in einem Gebäude zusammenzulegen, um diese Bildungseinrichtungen für die Zukunft kostengünstig und effektiv zu strukturieren, sollte zügig umgesetzt werden.
- ◆ Bürgerzentren mit einem Angebot u. a. für Kultur und (Weiter)-Bildung sollten in allen Stadtteilen eingerichtet werden
- ◆ Das Bildungsangebot (und die Weiterbildung der ErzieherInnen dafür) in den Kindergärten muss ausgebaut werden, die Beiträge für die Kindergärten und die Bildungseinrichtungen müssen für einkommensschwache Gruppen verträglich gestaltet werden.



Neuss ist eine Stadt des Breitensports, wenn man einmal von Tennis, Hockey, Voltigieren und Ringen absieht. Es besitzt mit den Angeboten an Sporthallen, der Eissporthalle, den drei Schwimmbädern, den Tennisplätzen, einer Pferderennbahn und den 14 Bezirkssportanlagen eine sehr gute Infrastruktur für eine Vielzahl von Sportarten. Auch kann sich Neuss zu Gute halten, dass es die Sportplätze und Hallen den Sportvereinen und auch den Freizeitsportlern kostenlos zur Verfügung stellt. Wie bei den Zuschüssen für Kultur und Bildung ist die Förderung der sportlichen Aktivitäten als „weicher“ Standortfaktor wichtig für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und darf deshalb nicht vernachlässigt werden.

Die städtischen Sportstätten sind allerdings etwas „in die Jahre gekommen“ und renovierungsbedürftig. Da muss auch über teilweise Neuausrichtung, Bündelung und Ergänzung nachgedacht werden dürfen.

Trotz des guten Angebotes besteht Interesse z. B. an einer Kunststoff-Leichtathletikanlage und einer größeren Halle mit 2–3000 Zuschauerplätzen zwecks Entwicklung von Spitzensport. Neben den städtischen Sporteinrichtungen gibt es zusätzlich mit der Skihalle, dem Golfclub und zahlreichen Fitnessstudios auch sehr gute private Angebote. Als positiv heraus zu stellen ist auch die zukünftige Entwicklung eines Wassersportzentrums am Sandhofsee.

Für die Zukunftsbetrachtungen im Bereich Sport und Freizeit muss beachtet werden, dass sich das Freizeitverhalten immer stärker vom Vereinssport weg hin zum individuellen Sport entwickeln wird. Auch die demografische Entwicklung mit einer großen Gruppe von älteren Menschen erfordert neue Überlegungen. Dies wird für die Zukunft Folgen haben und zu einem Umbruch in der Sportlandschaft und im Freizeitverhalten führen.

## Deshalb empfiehlt das Forum Stadtentwicklung der Stadt:

- ◆ eine „Zukunftswerkstatt Sport und Freizeit“ unter Beteiligung aller relevanten Gruppierungen und interessierten Bürgern und Bürgerinnen einzurichten, in der die
- ◆ Lösungsansätze für die nächsten Jahre entwickelt werden, dass städtische Flächen stärker für Freizeit- und Trendsportarten, wie Beachvolleyball, Walking, Radfahren oder Boule, geöffnet werden. Hier wird beispielhaft die Öffnung des Innenbereichs der Rennbahn genannt,
- ◆ dass mit den Sportvereinen und dem Stadtsportverband stärker als bisher über zukunftsfähige Vereinszusammenschlüsse und/oder –kooperationen diskutiert wird und tragfähige Lösungsansätze gefunden werden,
- ◆ Dass „rückfallende“ Sportflächen, wie z. B. überzählige Tennisplätze anderen Freizeitnutzungen zugeführt oder in Grünflächen umgewandelt werden,
- ◆ dass die Stadt verstärkt im Bereich Gesundheitsprävention (mehr Bewegung für Kinder, ältere und behinderter Menschen) entsprechende Angebote organisieren muss,
- ◆ dass die Stadt weiter mit Vereinen überlegt, ob eine langfristig und finanziell tragfähige Basis für die Entwicklung von Spitzensportangeboten sinnvoll ist, eine Sport- bzw. Eventhalle für 2–3000 Zuschauer oder ein kleines Fußballstadion zu bauen.





Wo möglich, sind Mietergärten ein probates Mittel zur Bindung an das überlassene Mietobjekt. (Bauverein)  
 Aber auch die mehr oder weniger weit gehende gemeinschaftliche Nutzung gut gestalteter Innenhöfe ist wichtig (GWG, u. a. im Kolpingviertel!)



Im Zuge der erforderlichen Sanierung könnten sich Nachbarschaften zusammenfinden und gemeinsam nach eigenem Plan Gutes zu schaffen.



In den Bildern unten hat auf unsere Anregung das Büro AGIRBAS/WIENSTROER einen Weg gefunden, wie die Drususallee wieder attraktiv werden kann. Wir werden das Thema im Herbst erneut aufgreifen.





Die Stadt, insbesondere die Innenstadt, „jung“ zu gestalten – attraktiv gerade für Jugend, für junge Familien oder Singles – ist, nicht nur wegen des Generationenproblems, eine neue Herausforderung. Gleichzeitig ist den Anforderungen, der größer werdenden Gruppe ältere Mitbürger gerecht zu werden.

Stadtidentität ist zu stärken, indem vor allem auch die 2000-jährige Geschichte deutlicher sichtbar gemacht und im städtischen Leben endlich stärker verankert wird. Im Bereich des historischen Stadtkerns, aber auch in anderen Stadtteilen, die beachtliche Bodenfunde oder Baudenkmäler aufweisen, ist dazu jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen. Zahlreiche Erkenntnisse, auch aus jüngsten Grabungen, liegen vor.

Der Bewahrung des baulichen Erbes muss die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie dem Neubau von zeitgenössischen Bauten. Nicht der architektonische Flickenteppich, sondern ein Zusammenspiel und Harmonie der Vielfalt ist zu fördern und zu fordern.

Stadtidentität wird geprägt durch Aufenthaltsqualität. Dazu gehört die Steigerung der Erlebbarkeit der zahlreichen innerstädtischen Plätze, wie es bereits am Markt gelungen ist. Plätze wie die vor der „Alten Post“, der Neumarkt oder der auf der Drususallee weisen den Charme des Vergessens auf. Stadtidentität wird auch gestaltet durch eine bunte Kneipenlandschaft und wiederkehrende Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum.

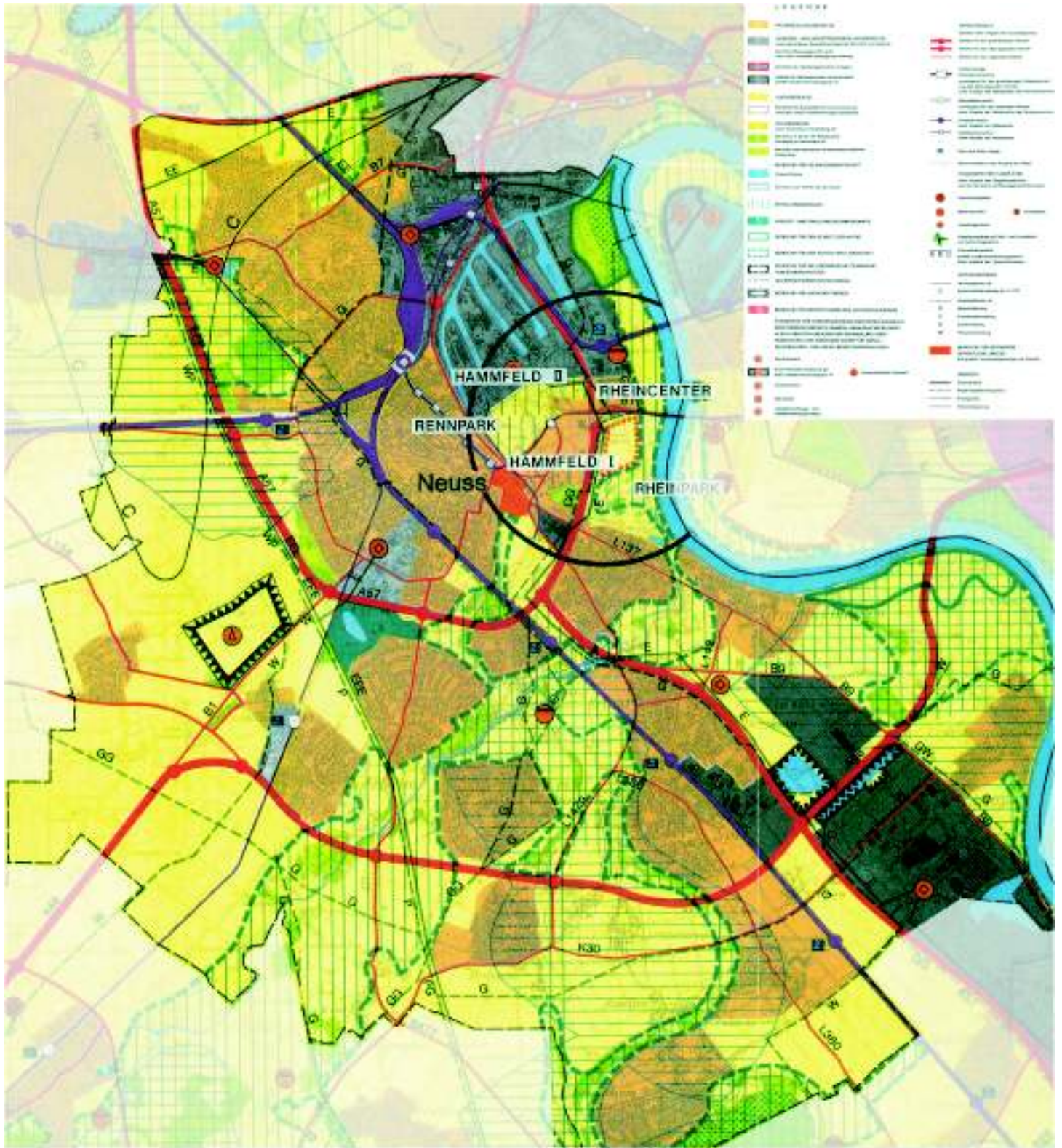
## Wir empfehlen insbesondere:

- ◆ ein in sich geschlossenes „Nutzungs- und Darstellungskonzept“ zu erarbeiten, in dem aufgezeigt wird, in welchen Bereichen Zeugnisse der Vergangenheit noch zu erschließen sind. Dabei sind Schwerpunkte wie z. B. aktuell die Stadtmauer, der ehem. Omnibusbahnhof oder auch z. B. der Umgang mit den historischen Höfen des früheren Burgbanns besonders darzustellen oder zu entwickeln und bewusster in das Stadtentwicklungskonzept und in touristische Aktivitäten einzubeziehen.
- ◆ Für wichtige zentrale Stadtteile, wie z. B. das Gründerzeitviertel oder die Innenstadt, sind einfache aber wirksame Gestaltungsatzungen zu erarbeiten, die sicherstellen, dass „Alt vor Neu“ Gültigkeit hat und das „Neu“ sich an „Alt“ anzupassen hat – auch mit modernen Mitteln.
- ◆ Es ist sicherzustellen, dass die künftige Stadtmarketinggesellschaft ihr Augenmerk dort auf die Erlebbarkeit der Stadt richtet, wo nicht zwangsläufig Einzelhandel im großen Stil stattfindet: Auch kleinere immer wiederkehrende spezielle Trödelmärkte, wie z. B. ein Büchertrödel auf dem Neumarkt oder eine Belebung z. B. durch einen Tag der Plätze mit Theater-, Musik- und Gauklervorführungen. Auf dem Freithof könnten vor dem Zeughaus „Platzkonzerte“ stattfinden. Außerdem sollte eine Vernetzung der Plätze durch Hinweisschilder hergestellt werden. Es sollten häufiger Hafenrundfahrten angeboten werden.

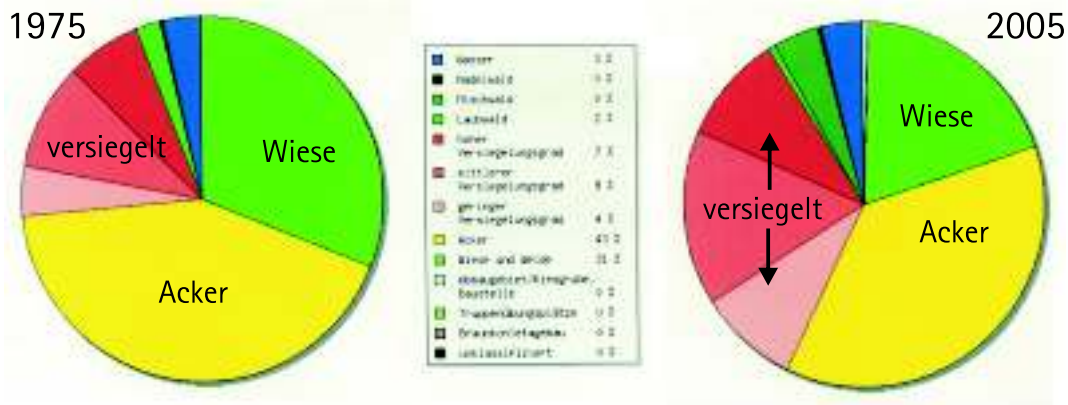




Der Gebietsentwicklungsplan von 1986 der, (mit Änderungen) bis heute gültig ist, zeigt auf, wie gering der Spielraum „Fläche“ für die Zukunft noch ist.







Die Entwicklung der Stadt Neuss führte in den letzten 30 Jahren zu einer starken Ausweitung der bebauten Flächen für den Wohnungs-, den Gewerbebau und für Verkehrsflächen. So haben z.B. die Acker- und Wiesenflächen in Neuss von 1975 bis 2005 von 71 % auf 53 % abgenommen und die versiegelten Flächen von 22 % auf 37 % zugenommen! Die Ziele des noch bestehenden Gebietsentwicklungsplanes (links) und des bisherigen Flächennutzungsplanes sind praktisch erfüllt und ausgeschöpft!

Diese Entwicklung war nicht Neuss-spezifisch, sondern fand in der ganzen Bundesrepublik statt. Sowohl die Bundesregierung, als auch die Landesregierung haben aber erkannt, dass der rasante Flächenverbrauch von bundesweit ca. 93 000 m<sup>2</sup> pro Tag (93 ha) für die Zukunft nicht mehr zu verantworten ist und deshalb auf 30 % des bisherigen Verbrauchs sinken soll. Die Entwicklung des Flächenverbrauchs der letzten 30 Jahre lässt sich für die Zukunft also nicht fortschreiben.

Deshalb werden Rat und Verwaltung aufgefordert, bei der Vorbereitung eines neuen Flächennutzungsplanes den Vorgaben der Landes- und Bundesregierung Rechnung zu tragen und folgende Gesichtspunkte dabei zu berücksichtigen:

- ◆ dass vor Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen eine genaue Bedarfs-ermittlung zu erfolgen hat. Dabei soll der Grundsatz gelten: Qualität statt Quantität, weg von expansiven Planungen hin zur realistischen Einschätzung des Bedarfs.
- ◆ Es ist darauf zu achten, dass die innerörtliche Sanierung von bereits bebauten Flächen deutlichen Vorrang hat vor der behutsamen Verdichtung von Freiflächen und der Ausweisung von Gewerbe- und Wohnflächen „auf der grünen Wiese“. Gute Beispiele gibt es schon wie bei der südlichen Furth, der ehem. Münsterschule, dem Hafenbecken 1 und dem ehem. Werhahn-Holz-Gelände, die bereits realisiert bzw. angedacht sind.



- ◆ Es ist zu erkennen, dass für die Entwicklung neuer Stadtteile kein Raum mehr zur Verfügung steht.
- ◆ Es ist zu prüfen, ob Wohnungsbau auf der „grünen Wiese“, wie z.B. in Grimlinghausen oder am Blausteinsweg, der Entwicklung der Stadt überhaupt noch förderlich ist und mit einem begrenzten Flächenverbrauch und hohen Infrastrukturkosten überhaupt noch vereinbar ist.
- ◆ Es ist zu prüfen, ob ein flächendeckendes Baulücken- und Leerstandskataster (auch für Gewerbebauten) und damit einhergehend ein Management zur Verringerung dieser „Misstände“ die Bebauung weiterer Freiflächen überflüssig machen.
- ◆ Die Planungen von noch nicht realisierten Wohn- und Gewerbegebieten sind dahin gehend zu überprüfen, ob nicht an diesen Stellen entweder Wohnen und Arbeiten näher beieinander entwickelt werden können oder ob diese Gebiete anderen Nutzungen zugeführt werden können.
- ◆ So könnten möglicherweise auch weitere Teile einer Hafennutzung zugeführt werden, In diesem Zusammenhang empfehlen wir, für das Hammfeld II. und III. einen neuen städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben, da die Ergebnisse des früheren Wettbewerbs ohnehin nicht mehr umsetzbar sind.
- ◆ Es ist zu prüfen, ob es in der Stadt noch weitere einseitig bebaute Straßenzüge gibt, die eine zweiseitige Bebauung zu lassen,
- ◆ Wegen der demografischen Entwicklung entbehrliche und damit überholte Planungen sind nicht weiter zu verfolgen, d.h. seit mehr als 20 Jahren nicht umgesetzte Bebauungspläne müssen auf den Prüfstand gestellt und ggf. aufgehoben oder neu formuliert werden.
- ◆ Die Bereitstellung von Flächen für ansiedlungswillige Betriebe muss in reduziertem Umfang gewährleistet bleiben, wobei in Zukunft mehr Augenmerk auf qualitativ hochwertige Ansiedlungen gelegt werden muss. Ob noch mehr Logistikunternehmen mit hohem Flächenverbrauch dazu gehören, wird bezweifelt.
- ◆ Es ist eine vorausschauende und nachhaltige Planungs-, Bodenordnungs- und Bevoorratungspolitik „aus einem Guss“ notwendig, die aber in erster Linie auf die Aktivierung vorhandener Industriebrachen achtet bzw. rasch auf Wechsel im Bestand reagiert. Negativbeispiele : der über 10 -jährige Leerstand des Case-Geländes mit der vergeblichen Suche nach Büronutzung und der - allerdings glücklichen - Rückkehr zur hafengeeigneten Ansiedlung.



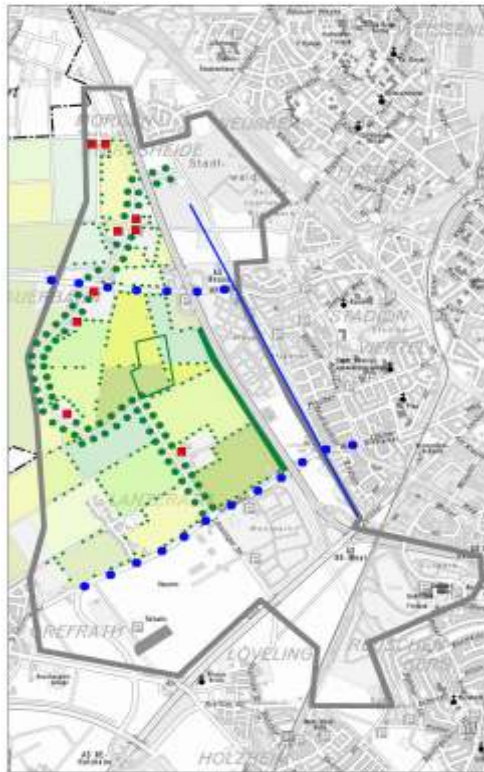
Das Forum Stadtentwicklung empfiehlt und setzt sich ein

- ◆ für den erforderlichen Stadtumbau insbesondere im Altbaubestand im Innenstadtbereich und in den älteren Stadtteilen,
  - ◆ für die Schaffung bedarfsorientierten Wohnraumes für älterer Menschen, für Familien oder für Menschen mit Behinderung,
  - ◆ für die Förderung von Mehrgenerations-Wohnbereichen und
  - ◆ für die Beratung und Hilfe zu Wohnungswechseln, begründet die Stadt mit ihren Gesellschaften und ggf. weiteren Trägern eine **Stadtumbau-Gesellschaft**, die
    - berät,
    - Ideen und Modelle erarbeitet
    - Tauschpartner zusammenbringt
    - als Generalübernehmer einspringt
    - ggf. auch Objekte aufkauft, saniert und wieder privatisiert
    - energetische Gebäudesanierung fördert.
  - ◆ Zu diesem Zweck aktiviert die Stadt ihre **Liegenschaftspolitik** in den „Altbau“-Bereichen, auch unter den Gesichtspunkten
    - der Beseitigung städtebaulicher Defizite
    - der Attraktivitätssteigerung
    - der Sozialverträglichkeit
    - der Integration
    - der zukünftigen Bewohnbarkeit und
    - der Bezahlbarkeit von Wohnraum
    - der Einzelhandelsentwicklung
- die besonders zu beachten sind.
- ◆ Zur Finanzierungshilfe (**Eigenkapitalhilfe**) wird die Stadt frühere Wohnungsbauförderprogramme wieder aufleben lassen, die jedoch ausschließlich auf die vorgenannten Ziele aktualisiert um mit geeigneten Mitteln ausgestattet werden.
  - ◆ Soweit sich Partner auf dem freien Markt finden, die der benannten Zielsetzung entsprechen, ist jede Förderung auch diesen zu gewähren.





Mit seinem Projekt „Westfeld“ bzw. „Westpark“ hat das Forum Stadtentwicklung schon vor Jahren auf diese wichtige Natur-Ressource hingewiesen und konkrete sowie fundierte Vorschläge unterbreitet. Neuss benötigt auch Landwirtschaft! Dazu kommen Frischluftzufuhr, die Historie des Geländes und der hohe Freizeitwert, den es hier zu steigern gilt. Der Westpark darf nicht geopfert werden.



Innerstädtische Grün- und Freiräume sind wichtig für den Erhalt der Flora und Fauna, für ein gesundes Stadtklima und zur Erholung für die Bevölkerung. Sie sind ein wesentlicher und unverzichtbarer Beitrag zur Stadtgestaltung. Die beste Architektur kommt oft erst dann zu Geltung, wenn auch ihr Umfeld stimmt. So ist also auch auf die Ausgewogenheit an Grünflächen in den einzelnen Stadtquartieren zu achten.

Hochwertige Ackerflächen dienen der Nahversorgung und dem Anbau von dringend benötigten nachwachsenden Rohstoffen. Die jüngst aufgekommene Diskussion zeigt, wie plötzlich Lebensmittel wieder in den Blick geraten können.

Bei Flächen, die für den Bau öffentlicher Einrichtungen (z. B. Schulen, Kindergärten, Sportanlagen) vorgesehen waren bzw. sind, die aber aufgrund der demografischen oder anderer Entwicklungen nicht mehr benötigt werden, muss sehr sorgfältig abgewogen werden, ob der jeweilige Stadtteil weitere Verdichtungen durch Bebauung an dieser Stelle verträgt oder benötigt, oder ob nicht besser Grünflächen entwickelt oder vorhandene ergänzt werden können.

Bezüglich des Westfeldes als einem wesentlichen Freiraum der Stadt Neuss mit großer Bedeutung für die Landwirtschaft, die Frischluftzufuhr für die Innenstadt und für Erholung wird auf die dem Stadtrat vorgelegten Empfehlungen des Forums Stadtentwicklung besonders und mit Nachdruck verwiesen.



Die Ausweisung von Ausgleichsflächen muss in den zu beschließenden Biotopverbundplan konsequent eingebunden und der Aufbau eines geordneten „Öko-Kontos“ zielstrebig weiter verfolgt werden. Dabei müssen auch alternative Wege zu dem bisher üblichen Verbrauch von Ackerflächen für Ausgleichspflanzungen beschritten werden - z. B. die extensivere Bewirtschaftung städtischer Ackerflächen.

Jeder Ausgleichsbedarf muss nicht zwangsläufig zu weiterem Flächenverbrauch führen. Flächen, die ohnehin im Biotopverbundsystem festgelegt sind, könnten mit Mitteln des Ökokontos ohne weitere Etatbelastungen gestaltet und ökologisch aufgewertet werden. Die zur Waldvermehrung vorgesehenen Flächen sollten auch mit Hilfe privater Initiativen wie Landsmannschaften, Bürgerstiftung, Firmen, usw. oder eben aus dem Öko-Konto kurzfristig bepflanzt werden.

Der Botanische Garten im Zentrum der Stadt - ohnehin eingeengt, aber dennoch wertvoll - sollte sehr viel konsequenter zu schulischen/didaktischen Zwecken genutzt werden. Ähnliches gilt sicher auch für den Reuschenberger Park, das Arboretum und das Gelände des Kinderbauernhofes.

Das Forum Stadtentwicklung empfiehlt:

- ◆ In der Vorlage eines Entwurfes zum Flächennutzungsplan müssen die noch vorhandenen Freiflächen weitgehend erhalten bleiben und dürfen nicht durch Bebauung bzw. Versiegelung zerstört werden. Abschließende Ortsrandabgrünungen sind in Betracht zu ziehen.
- ◆ Die bisher schon festgesetzten Freiflächen zwischen Stadtteilen oder an Flussläufen werden in keinem Falle angetastet und sind im Biotopverbundplan verbindlich festzuschreiben.
- ◆ Insbesondere im Westfeld muss der Erhalt der Landwirtschaft gesichert bleiben, eine Ausweisung von neuen Gewerbe- und Wohngebieten kann hier nicht zugelassen werden.
- ◆ Für die Entwicklung zwischen Holzheim und Kapellen (Raumortlabor) ist der zugrunde gelegte hohe Anteil an „Grün“ (90%) unverzichtbar und geradezu Grundlage für eine Zustimmung und Ausweisung im neuen Flächennutzungsplan.
- ◆ Der bereits seit längerer Zeit vorliegende Entwurf eines Biotopverbundplanes muss als Vorgabe der weiteren Entwicklung beraten und kurzfristig verabschiedet werden.
- ◆ Die großen Freiflächen im Neusser Süden dürfen nicht weiter angetastet und sollten wie das Westfeld ökologisch aufgewertet werden.



Neuss droht zwischen Düsseldorf und Köln und den bereits in Bau befindlichen neuen Einkaufsmeilen in Bilk und Mönchengladbach ins Hintertreffen zu geraten.

Erschwerend kommen die angekündigten Modernisierungen der Einkaufszentren „Huma“, „Römerpark“ und „Moselstraße“ hinzu. Auch eine mögliche Ikea-Ansiedlung in Holzheim hat weitere negative Auswirkungen auf die Innenstadt. Zudem rüsten viele Städte in der näheren Umgebung, wie Krefeld, Oberhausen, Duisburg und Essen mit neuen Einkaufszentren auf. Und das Alles in der Zeit der Neubesinnung in der Neusser Innenstadt. Doch jedes Problem bietet neue Chancen, die es nun auch zu nutzen gilt. Das Forum Stadtentwicklung hofft, dass die Chance der Neugestaltung des Hauptstraßenzuges und die Einrichtung der neuen Stadtmarketinggesellschaft nachhaltig dazu führen, dass sich Besitzer und Betreiber der dortigen Geschäfte und Kaufhäuser neu besinnen und differenzierte und qualitätsvolle Angebote schaffen. Dies ist die vorerst letzte Chance, besser zu werden.

Das in Arbeit befindliche Einzelhandelskonzept bringt dazu hoffentlich eine Grundlage und Orientierung. Schließlich haben es auch die Nachbargemeinden im Rhein-Kreis-Neuss zum Teil geschafft, sich besser zu positionieren.

Das Forum Stadtentwicklung wird gerade das Thema Einzelhandel noch weiter vertiefen. Wir empfehlen aus jetziger Sicht:

- ◆ Die Ansiedlung von weiteren Discountmärkten ist zu verhindern, denn Neuss hat davon jetzt schon doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt.
- ◆ Entwicklungen wie ein Kastellcenter werden weiter gewünscht, jedoch darf der Neumarkt nicht zur Hinterfront verkommen.
- ◆ Auch weitere Fachmarktzentren, wie an der Moselstraße, darf es nicht geben Einzelhandelsstandorte in den Stadtteilen müssen in ihrer Ansiedlungspolitik und -möglichkeiten stärker unterstützt werden. Durch Maßnahmen der Bodenordnung müssen ggf. störende Inselstandorte, wie z. B. im Gründerviertel motiviert werden, die Zentren zu stärken. Davon haben dann schließlich Alle etwas. So ist zu prüfen, ob nicht durch Verlagerung von Geschäften aus Innenstadtrandlagen näher ans Zentrum heran, eine Konzentration und dadurch eine Belebung des Hauptstraßenzuges und seiner Nebenstraßen erreicht werden kann.
- ◆ Mit Mitteln des Baurechtes (Gestaltungssatzungen!) muss langfristig in Nutzungsstrukturen eingegriffen werden.
- ◆ Die Stadtmarketinggesellschaft sollte den Generationenwechsel bei kleineren Einzelhändlern beratend und vermittelnd (Finanzen, Genehmigungen) unterstützen.
- ◆ Den Vermietern muss deutlich gemacht werden, dass niedrigere Mieten und vor allem das bessere Sortiment vorteilhafter sind als häufige Leerstände. Die Vermietung an Handelsketten hilft überhaupt nicht bei der Suche nach eigener Identität der City.
- ◆ Die Stadt sollte mit dem Gebäudemanagement und dem Bauverein prüfen, ob nicht durch Ankauf bestimmter Immobilien und deren gezielten Vermietung steuernd auf den Einhandelsbesatz Einfluss genommen werden kann.





Die Pflege vorhandener Produktionsstandorte, die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze, Raum geben für Ideen, weitere Dienstleistungen ermöglichen etc. sind für die Entwicklung unserer Stadt unerlässlich. Deshalb muss sich die Orientierung unserer Stadtentwicklung noch intensiver als bisher am künftigen Bedarf von Produzenten und Dienstleistern ausrichten.

Die künftige Arbeitswelt wird sich noch stärker arbeitsteilig entwickeln. Ein daraus resultierender Schwerpunkt wird der Bereich Dienstleistung sein. Dadurch gewinnt die räumliche Zusammenlegung von Arbeit, Wohnen und Freizeit zunehmend an Bedeutung und eröffnet einer Stadt wie Neuss damit ein großes Entwicklungspotential, was auch zur Belebung der Innenstadt führen kann. Als ein weiterer Jobmotor entwickelt sich in letzter Zeit der Neusser Hafen wegen des weltweit stark wachsenden Güterumschlages.

Die Bereitstellung von Flächen für ansiedlungswillige Betriebe muss zwar gewährleistet bleiben, jedoch ist auch hier die Reduzierung des Flächenverbrauchs unerlässlich. Deshalb ist in Zukunft mehr Augenmerk auf qualitativ hochwertige Ansiedlungen zu legen. Hierzu ist eine voraus schauende und nachhaltige Planungs-, Bodenordnungs- und Grundstücks-politik notwendig, die in erster Linie auf die Aktivierung vorhandener Industriebrachen achtet bzw. rasch auf Wechsel im Bestand reagiert. Wie in der Wohnungspolitik müssen auch hier Wege und Mittel gefunden werden, Altstandorte schneller wieder an den Markt zu bringen.

Das Forum Stadtentwicklung empfiehlt:

- ◆ Zur Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes müssen weiterführende Erkenntnisse gesammelt werden, um daraus Entscheidungen für den zukünftigen Bedarf abzuleiten.
- ◆ Den in Neuss inzwischen unterentwickelten Bereichen des „Blaumann-Arbeitsplatzes“ ist wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der boomende Maschinenbau, oder der Bereich der regenerativen Energien wären mögliche Schwerpunkte.
- ◆ Die neue Verbindung von Arbeit, Wohnen und Freizeit ist verstärkt zu suchen. So kann die angestrebte Entwicklung im Westen zwischen Holzheim und Kapellen (Raumortlabor) ein mögliches Modell sein.
- ◆ Die Entwicklung von sogenannten „Clustern“, wie Food-City oder der Logistikbereich, birgt auch Gefahren, wenn sie zu neuen Monostrukturen führen. Langfristige Auswirkungen, z.B. auf den Verkehr, sind zu beachten. Weitere Logistikansiedlungen müssen deshalb auch die Option der Anbindung an Schiene und Wasser beinhalten.
- ◆ Die Nutzung der zu entwickelnden Flächen zwischen Rheinparkcenter und Rennbahn muss auf den Prüfstand gestellt werden, da offensichtlich der Bedarf an neuen Büroflächen in solchem Umfang nicht besteht. Hier könnten wir neue Ideen für die Schaffung von Arbeitsplätzen schaffen.
- ◆ Die Verlagerung von Klein- und Handwerksbetrieben aus engen Hinterhöfen innerhalb von Wohngebieten und ihre neue Ansiedlung in kleinen Gewerbehöfen mit der Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Büro, Energie, Abwärme etc. ist zu forcieren. Frei werdende Flächen könnten dann einer Wohnnutzung zugeführt werden.



Die Stadt Neuss besitzt ein voll ausgebautes Straßennetz, das die wesentlichen Anforderungen des heutigen motorisierten Verkehrs erfüllt. Dazu gehört auch der sechsspurige Ausbau der A 57, der zur Zeit realisiert wird.

Als einzige wesentliche innerstädtische Straßenneuplanung ist, neben Erschließungsstraßen in Wohn- und Gewerbegebieten, die sogenannte „Osttangente“ zu nennen, die den Europadam über das Hafenbecken 2 mit der Brücke über die Bahn verbinden soll.

Der Ausbau des ÖPNV ist zwar im bestehenden Verkehrsentwicklungsplan vorgeschlagen worden (z.B. neue Buslinien im Neusser Süden), wird aber z. Zt. nicht weiter verfolgt. Auch die geplante Straßenbahnlinie U 81 vom Flughafen Düsseldorf zum Hammfeld ist in Frage gestellt. Ein großer Handlungsbedarf besteht wegen der Planungen am 1. Hafenbecken. Hier gibt es z. Zt. kein Konzept für die Abwicklung des fließenden Verkehrs im Bereich Rheintor- und Batteriestraße und am Wendersplatz.

Die Verkehrssituation in Neuss wird im 2004 verabschiedeten Verkehrsentwicklungsplan treffend beschrieben. Ausgehend vom Jahr 2002, wird durch Erhöhung der allgemeinen Mobilität ein weiterer Anstieg des Verkehrs bis 2015 um ca. 5 % erwartet. Dieser Anstieg wird auf einigen teilweise stark befahrenen Straßen zu einer weiteren Belastung für die dort wohnende Bevölkerung führen, wenn es nicht gelingt, durch Optimierung der ÖPNV-Nutzung und durch Steigerung des Radverkehrs den Anstieg des motorisierten Individualverkehrs in Grenzen zu halten. Durch die sinkenden Grenzwerte für die Lärm- und Feinstaubbelastung entsteht zusätzlicher Handlungsdruck.

Das Forum Stadtentwicklung lässt sich bei den nachfolgenden Vorschlägen für eine Verbesserung der zukünftigen Verkehrssituation von dem Gedanken der Nachhaltigkeit leiten, d.h. es sollen vor allem Maßnahmen ergriffen werden, die die negativen Folgen des motorisierten Verkehrs minimieren, ohne dass die Mobilität der Bevölkerung wesentlich eingeschränkt wird.

Das Forum Stadtentwicklung empfiehlt:

- ◆ Rascher Ausbau des Radwegenetzes nach den Vorschlägen des Verkehrsentwicklungsplanes. Die Erreichbarkeit der Innenstadt auf durchgängig gut ausgebauten Radwegen z.B. von Reuschenberg bis zur Hammer Landstraße und in Nord-Süd-Richtung soll dabei vorrangig betrieben werden. Die Mitgliedschaft bei den „fahrradfreundlichen“ Städten und Gemeinden in NRW ist anzustreben. Dazu gehören neben dem Ausbau der Radwege für den Freizeitbereich auch die Vermehrung und Verbesserung der Radabstellanlagen in der Innenstadt und zusätzlich Imagekampagnen, die für die Nutzung des Fahrrades im Nah- und Freizeitbereich werben.

- ◆ Die fußläufigen Verbindungen in der Innenstadt sind zu verbessern. Hier wird die Neugestaltung des Hauptstraßenzuges Fortschritte mit sich bringen. Aber es sollte auch über eine weitere vollwertige Fußgängerzone im Bereich Sebastianusstraße/ Glockhammer nachgedacht werden. →



- ◆ Ausbau des ÖPNV im Bereich Batterie-/Rheintorstraße, d. h. Schaffung einer zweiten „ÖPNV-Trasse“ für den Busverkehr (z.B. für die regionalen Buslinien mit Endpunkt in Bahnhofsnähe) und Weiterverfolgung der Pläne der Straßenbahnlinie U 81 einschließlich der Verlängerung ins „Hammfeld“. Mit der Schaffung von neuen Wohn- und Arbeitsplätzen am Hafen und dem Willen, die Stadt zum Wasser hin zu öffnen, sind ÖPNV-Verbindungen, auch zur Reduzierung des gesamten Verkehrs in diesem Bereich, unumgänglich.
- ◆ Da aus Kostengründen die Schaffung weiterer Buslinien eher unwahrscheinlich ist, müssen zukünftig stärker alternative Bedienungsformen, wie z.B. Taxibus und Bürgerbus ins Auge gefasst werden. Von einer weiteren Ausdünnung des Fahrplanes der innerstädtischen Buslinien wird wegen der prognostizierten Mobilitätssteigerung aber dringend abgeraten. Es sollte aber über die Rücknahme der Kosten erhöhenden Wabenänderung nachgedacht werden, um die Zahl der ÖPNV-Nutzer weiter zu steigern.
- ◆ Erhalt bzw. Ausbau der Bundesbahn- und S-Bahnverbindungen einschl. des Ausbaus der Regionalbahnlinie S 28 über Kaarst und Mettmann hinaus und Schaffung einer Haltestelle im Bereich Konrad-Adenauer-Ring/Engelbertstraße (Internationale Schule, BZA Stadtwald, Wohngebiet Klever Straße). Um die Nutzung der Bahn weiter zu attraktiv zu gestalten, muss auch der geplante Umbau des desolaten Bahnhofes und die Neugestaltung seines Umfeldes mit der bereits erwähnten Anbindung der Regionalbuslinien an den Hauptbahnhof zügig realisiert werden.
- ◆ Die Verwaltung wird gebeten, wegen der z. Zt. unbefriedigenden Situation ihr Augenmerk stärker auf die drohende Ausdünnung des Bahnverkehrs auf den Strecken nach Köln, Grevenbroich und Krefeld/ Viersen/ Venlo zu lenken und dagegen zu steuern. Es ist auch zu prüfen, ob zur Stärkung einiger Strecken Lösungen ähnlich der Regiobahn oder eventuell mit der „Neusser Eisenbahn“ sinnvoll und möglich sind. Ein IC-Halt „Neuss“ auf der Strecke Düsseldorf-Eindhoven wäre kein Fehler.
- ◆ Für die örtliche Wirtschaft und vor allem für die Entwicklung des Neusser Hafens ist es von großer Bedeutung, dass Neuss an die geplanten Güterzugstrecken aus den belgischen und niederländischen Nordseehäfen angebunden wird.
- ◆ Die Stadt Neuss ist teilweise stark von dem stetig wachsenden Flugverkehr beeinträchtigt. Deshalb sollte die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeit darauf hinwirken, dass z.B. der innerdeutsche Flugverkehr zukünftig eingeschränkt und auf schnelle Bahnverbindungen hin entwickelt wird.





Hat sich nicht auch die Neusser Lokalpolitik wie vielfach in Bund und Land zu oft und zu sehr auf das zurückgezogen was gerade mal so im Tagesgeschäft gefordert wird? Fehlen nicht neue und langfristige Ziele, Perspektiven und Visionen? Wir geben dazu neue Anstöße!

Mag man auch geteilter Meinung sein in Bezug auf die Entwicklung der Bevölkerung oder des Klimas, bleibt doch klar, dass es nicht wie bisher weitergehen kann.

Einige Parameter - auch für unsere Stadt - sind unumstößlich zutreffend, zum Beispiel: die Fläche, auf der wir leben, ist endlich und nicht vermehrbar.

Energiekosten, Klimaerwärmung und die Auswirkungen der Globalisierung verändern unser Leben und erfordern auch eine neue Justierung der aktuellen Kommunalpolitik.

Die lebenswerte Bewohnbarkeit unserer Stadt zu sichern und weiter zu entwickeln, wird noch wichtiger.

Das hohe Gut der Selbstverwaltung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Es ist mit Fairness, Zusammenarbeit, Klugheit und der Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte zu stärken.

**Das Forum Stadtentwicklung legt Wert auf die Feststellung, dass es im Rahmen des vom Stadtrat per Beschluss beauftragten Agenda-Prozesses seine Diskussionen geführt und zu diesem Ergebnis gebracht hat. Alle Mitwirkenden gehen davon aus, dass diese Empfehlungen Beachtung finden und in die weitere Beratung einfließen werden.**

Wir laden hiermit noch einmal alle Bürgerrinnen und Bürger ein, die Diskussion um das beste Konzept und den richtigen neuen Flächen-nutzungsplan mit uns fortzuführen.

Mitmachen lohnt sich, und das Forum Stadtentwicklung stellt sich gerne der Diskussion.

Wenn auch Zahl und Person der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einem Wechsel unterlag, muss doch die starke inhaltliche Kontinuität und das Engagement der Beteiligten hervor gehoben werden. Wegen der unterschiedlicher Präsenz und der Vielzahl der Beteiligten wird auf die Auflistung einzelner Namen verzichtet.

Nachdem sich der ursprüngliche Zeitplan der Stadtverwaltung nicht halten ließ und die wesentlich konkreteren Diskussionen erst im Herbst 2009 geplant sind, wird sich auch das Forum Stadtentwicklung weiter an der Diskussion beteiligen. Die genannten Verzögerungen deuten auch darauf hin, dass das Forum Stadtentwicklung mit seinem Zielkorridor „2030“ wohl richtiger liegt. Ein Stadtentwicklungskonzept bzw. Flächen-nutzungsplan, der erst 2012 beschlossen werden soll, ist mit der Perspektive „2020“ alleine schon von der Wirksamkeit her zu kurz gefasst. Soweit diese Verzögerungen der Gründlichkeit dienen, sind sie zu begrüßen.

Wir unterbreiten unsere Vorschläge mit Bedacht jetzt, damit sich jeder vorbereitend und kritisch damit auseinander setzen kann.



- ◆ Nichts wäre schlimmer als ein „Weiter so wie bisher!“ Es muss vielmehr, nicht mit Gewalt, aber stetig, den Erfordernissen der Zukunft entsprochen werden, und diese haben sich in fast allen Themenfeldern verändert.
- ◆ Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt wird sich an der Qualität der Stadturnbanität und Stadtidentität zeigen. Deren Ausbau als wesentliche Stellschraube weiterer positiver Entwicklung ist zwingend. Darin einzuschließen sind die Sicherung der Bewohnbarkeit älterer Stadtteile, vor allem des Stadtzentrums und der Erhalt der historischen Bausubstanz. Konsequente, zielgerichtete Modernisierung ist jetzt so wichtig wie einst die Entwicklung neuer Stadtteile.
- ◆ Auf die künftig gegebene demografische Entwicklung muss eingegangen werden. Darauf zielt unser Vorschlag einer weitreichenden Stadtumbauinitiative auf Seite 27. Auch private Entwicklungsinitiativen sind wichtig. Den Baugesellschaften und der Immobilienwirtschaft, dem Handwerk und der Finanzwirtschaft, schlicht: allen Akteuren müssen die erheblichen Chancen dieses Prozesses nahegebracht werden. Auch hier kein einfaches „Weiter so wie bisher“!
- ◆ Die Endlichkeit der Ressource „Fläche“ muss allen Verantwortlichen deutlich werden. Es kann nicht weitere Stadtteile geben, erforderliche Entwicklung muss im Bestand erfolgen. Auch mit Gewerbeflächen muss extrem rational umgegangen werden. Der leichte Erfolg ist nicht mehr erstrebenswert. Der restriktive Umgang mit „Fläche“ und die zeitgleiche Notwendigkeit des inneren Stadtumbaus sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie passen zusammen!
- ◆ Die konsequente Einrichtung *neuartiger* Stadtteilzentren als Servicestellen „vor Ort“ ist zwingend erforderlich! Es ist künftig viel mehr Beratung und Organisation zu leisten. Ressourcen und Räume sind zu verwalten, Termine zu koordinieren, Kultur und Bildung sind anzubieten, Integration ist zu sichern. Bürgerbeteiligung muss gefördert werden. Die sozialen Dienste möglichst vieler „freier Träger“ sind vor Ort zu unterstützen. Sie müssen ausgedehnt, organisiert und koordiniert werden.
- ◆ Gut strukturierte Stadtteile mit einem ausgewogenen Verhältnis von Bebauung und qualitativ gut gestaltetem Freiraum sowie erreichbarer Infrastruktur sind wichtig. Wohnen in allen Lebenslagen muss in ihnen gesichert oder hergestellt werden.
- ◆ Der Schutz, der Ausbau und die Vernetzung von Grün- und Freiflächen ist unerlässlich. Die grünen Korridore zwischen den Stadtteilen, insbesondere im Neusser Süden und im Westfeld, müssen erhalten bleiben.
- ◆ Weitsicht bedingt, den Blick immer wieder über die eigenen Kirchturmspitze zu lenken. So gut wir auch bisher waren – andere stehen so schlecht auch nicht da. Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, das ist die Zukunft!





Neuss kann Neues wagen . . .

